



Günther Moewes

Aller Reichtum braucht Schuldner

Von Günther Moewes

www.guenthermoewes.de

2005

Zweieinhalb Billionen Euro betragen die privaten Geldvermögen der „oberen“ 10 Prozent der Deutschen. Die „unteren“ 13,9 Prozent leben dagegen unter der Armutsgrenze. Weltweit hat die Ungleichverteilung ein noch größeres, historisch nie gekanntes Ausmaß angenommen. Diese Ungleichverteilung wächst exponentiell.





Viele Maßnahmen heutiger Ökonomie und Politik verschärfen diese Ungleichverteilung noch, anstatt ihr entgegenzuwirken. Das gilt auch für solche Prinzipien, die bis weit ins Gewerkschaftslager hinein in dem Ruf stehen, der Ungleichverteilung eher entgegenzuwirken. Bei näherem Hinsehen entpuppen auch sie sich als pure Reichenbedienung. Das gilt für Staatsverschuldung, Wirtschaftswachstum und Arbeitsbeschaffung bis hin zur umlagefinanzierten Rente.

Das System dieser wachsenden Ungleichverteilung ist bekanntlich aufgrund von Zinseszins und Wirtschaftswachstum mathematisch „exponentiell“. Zu den fast lupenreinen exponentiellen Kurven gehören die der privaten Geldvermögen und der Staatsschulden.

Die mathematische Dynamik des Exponentiellen braucht hier nicht weiter dargestellt zu werden, wird aber von der Schulökonomie offenbar noch nicht so recht begriffen. Exponentiell heißt bekanntlich: Verdoppelung nach jeweils gleichen Zeitschritten. Wie beim berühmten Beispiel vom Seerosenteich oder bei Günther Jauchs Gewinn-tabelle bringt jeder Zeitschritt so viel, wie alle vorherigen Schritte zusammen. Exponentielle Kurven verlaufen deshalb zu Anfang stets horizontal und harmlos. In Spätzeiten aber schießen sie vertikal ins Nichts und sterben irgendwann den Stermentod. Vor ihrem Stermentod aber kommt die Plutokratie, die ungeschminkte Herrschaft der Milliardäre und die schamlose Selbstbereicherung ihrer politischen Hilfstruppen.

Staatsschulden verschärfen die Umverteilung von unten nach oben

Insbesondere die Staatsschulden haben durch den exponentiellen Effekt inzwischen ein Ausmaß angenommen, das jenseits aller Vorstellungsmöglichkeiten liegt: Die Süddeutsche Zeitung errechnete am 30.10.04 für die US-Staatsschulden pro Haushalt sogar 473.000 Dollar. Rechnet man zu den oben angegebenen US-Gesamtsschulden noch die Schulden ausländischer Investoren sowie die Pensionsansprüche hinzu, so kommt man auf einen Schuldenberg von 38 Billionen Dollar. Das ist mehr als das gesamte Weltsozialprodukt des gleichen Jahres in Höhe von 32 Billionen Dollar.

Die deutschen Verhältnisse wirken gegenüber den US-amerikanischen vergleichsweise paradisisch. Die Gesamtschulden betragen hier nur das Dreifache des Sozialprodukts gegenüber dem Vierfachen in den USA. Außerdem (sagt zum Beispiel

der Keynesianer Oskar Lafontaine) seien die deutschen Staatsschulden nicht so schlimm, weil ihnen drei Mal so hohe Geldvermögen der privaten Haushalte gegenüberstehen. Es sei nur vernünftig, dass der Staat mit dem Geld seiner Bürger arbeite. Demgegenüber haben die USA 3,3 Billionen Dollar Auslandsschulden. Deren Hauptgläubiger sitzen in Japan und China. Sie sind es, die letztendlich den Irak-Krieg finanzieren. China auf dem Rücken seiner verarmten Bauern.

An Bedenken gegenüber diesen gewaltigen Schuldenbergen werden hauptsächlich genannt:

- die Rückzahlungslasten künftiger Generationen,
- die eingeschränkte Handlungsfreiheit des Staates und die zunehmende Vernachlässigung öffentlicher Aufgaben.

Die eigentliche Katastrophe dieser Schuldenberge ist jedoch eine ganz andere: Es ist die ständige, lautlose, exponentiell ansteigende soziale Umverteilung von unten nach oben. Bund, Länder und Gemeinden in Deutschland haben die 1,3 Billionen Euro Staatsschulden, weil sie jahrzehntelang tatenlos zugesehen haben, wie die „oberen“ zehn Prozent der Deutschen ihre zweieinhalb Billionen Euro an privaten Geldvermögen weitgehend leistungslos angehäuft haben. Jetzt müssen sie diesen privaten Vermögensberg jährlich mit 60 Milliarden Euro an Zinsen bedienen. Denn andere nennenswerte Geldvermögen, auf deren Konten diese Zinsen fließen könnten, gibt es nicht: Die Geldvermögen des Staates sind marginal: sie betragen gerade ein Zehntel der privaten Geldvermögen. Und im Bereich der Unternehmen sind Geldvermögen und Schulden halbwegs ausgeglichen. Die einen haben so viele Vermögen wie die anderen Schulden.

Diese gezahlten Zinsen müssen sich die öffentlichen Haushalte über Steuern zurückholen. Und alle diese Steuern müssen letzten Endes von der Bevölkerung aufgebracht werden. Das gilt sogar für die (immer geringer werdenden) Unternehmenssteuern. Denn die werden natürlich auch über die Preise auf die Bevölkerung abgewälzt. Grundsätzlich gilt: Alle Personen und Institutionen, die Rechnungen stellen können, wälzen alle Zinskosten so lange nach unten ab, bis sie bei denen landen, die keine Rechnungen mehr stellen können, bei den 33 Millionen abhängig Beschäftigten. Alle laut- und leistungslosen Kapitaleinkommen müssen letztlich durch deren Arbeit erwirtschaftet werden.

Alle Staatsschulden sind immer Reichenbedienung. Je reicher die Reichen werden, desto mehr Schuldner brauchen sie. Das ist der wahre Grund, warum George W. Bush die 237 Milliarden Haus-



haltsüberschüsse aus der Clinton-Ära schleunigst wieder in ein riesiges Defizit von 427 Milliarden verwandelt hat. In nur vier Jahren hat er über die laufenden Staatseinnahmen hinaus 664 Milliarden Dollar verpulvert. Nachdem Clinton die jährlichen 12 Milliarden Dollar Zinsausgaben von Bush Senior mühsam wieder in 10 Milliarden Dollar jährlicher Zinseinnahmen verwandelt hatte, sorgte der Sohn dafür, dass jetzt wieder jährlich 21 Milliarden staatlicher Sollzinsen auf die Konten der Reichen fließen. Wie sagt er doch in Michael Moores „Fahrenheit 9/11“ in schöner Offenheit auf dem „Wohltätigkeitsball“ der Milliardäre? „Viele sagen, Sie seien die Elite. Ich sage: Sie sind meine Basis.“ Und dabei hält er sich vermutlich noch für einen Keynesianer: Die Rücklagen aus den guten Clinton-Zeiten in den schlechten Bush-Zeiten wieder ausgeben.

Neben dieser bereits seit langem ablaufenden sozialen Umverteilungskatastrophe enthalten die gigantischen Schuldenberge noch ein weiteres künftiges Katastrophenrisiko: das Risiko einer Weltwirtschaftskrise. Je größer die Schulden der USA werden, desto mehr sind diese an einer Entwertung des Dollars interessiert. Einerseits, um die reale Belastung durch die Rückzahlungen zu verringern und den Wertverfall den Gläubigern anzudrehen, andererseits, um ihre Exportaussichten und damit ihre Einnahmequellen und Steuereinnahme-Aussichten zu erhöhen. Den Nachteil dieser Politik haben wie immer nicht die Global Player, die in andere Währungen ausweichen können, sondern die abhängig Beschäftigten, die das nicht können. Den ausländischen Gläubigern geht es natürlich genau umgekehrt: Sie müssen zusehen, wie ihre angehäuften Dollarvorräte und die Zinsen dafür dauernd an Wert verlieren. Irgendwann werden auch sie aus dem Dollar zu flüchten versuchen und ihn damit vollends in den Abgrund reißen. Dann haben wir den Crash. Die einzigen, die davon profitieren, sind die Schuldner, denn die sind dann ihre Schulden los. Und die Reichen, die rechtzeitig in Immobilien ausgewichen sind. Ein Schelm, wer die Schuldenpolitik deshalb für Absicht hält.

So lange es den Zinseszins gibt, sind alle Schulden immer Reichenbedienung. Auch ihre Verharmlosung durch Keynes und seine Keynesianer bedarf deshalb gelegentlich der Überprüfung.

So lange die Zinsbedienung der privaten Reichenkonten nicht gestoppt wird, steigen deren Geldvermögen weiter exponentiell an, geht der Marsch in die Plutokratie, in die Herrschaft der Milliardäre weiter. Und solange steigen auch die zu zahlenden Sollzinsen und damit die Schulden exponentiell an. Man kann nicht zugleich die Staatsschulden ab-

bauen und die privaten Geldvermögen weiter exponentiell wachsen lassen. Wer dies vorgibt, wälzt die Staatsschulden in Wirklichkeit nur auf Unternehmen und Privathaushalte ab. Denn die Gesamtschulden bleiben ja so hoch wie die gesamten Geldvermögen. Und wir sehen auch: Das ständige Ansteigen der Schulden, auch der Staatsschulden, führt dazu, dass immer mehr Geld dem direkten Einsatz in der Volkswirtschaft entzogen und nur noch gegen Zinsleistungen Alle Staatsschulden sind immer Reichenbedienung. Je reicher die Reichen werden, desto mehr Schuldner brauchen sie.

zur Verfügung gestellt wird. Die von der Bevölkerung gezahlten Steuern werden nicht mehr direkt investiert, sondern nur noch, wenn die Bevölkerung noch einmal Zinsen darauf zahlt.

In Zukunft werden sich die Fälle häufen, in denen die immer größeren Schulden nicht mehr bedient werden können. Kapitalverleih wird immer riskanter werden. Die Insolvenzen werden steigen, nicht nur von Unternehmen, sondern von ganzen Nationen. Die prophezeiten Katastrophen wird das jedoch nicht sofort auslösen. Die Gläubigerstaaten werden zähneknirschend aber gönnerhaft Schuldenmoratorien oder gar -erlasse verkünden. Und den privaten Gläubigern bleibt letzten Endes auch nichts Anderes übrig. Beste Beispiele sind Argentinien und Borussia Dortmund: Die Schuldner sitzen immer am längeren Hebel.

Den Gläubigern bleibt stets nur die Wahl, entweder durch Bestehen auf ihren Verträgen die Schuldner ganz zu vernichten und so überhaupt nichts zu bekommen, oder aber durch einen Teilverzicht wenigstens einen Teil ihres Geldes zu retten. In Argentinien haben inzwischen über die Hälfte der Gläubiger einer Art internen „Währungsreform“ zugestimmt: Sie können ihre alten Anleihepapiere gegen neue umtauschen, wobei sie auf 70% ihres Geldes verzichten müssen.

Die neuen Papiere erfreuen sich reger Nachfrage. Die Wirtschaft wächst plötzlich wieder um jährlich 9%. Langfristig wird dadurch jedoch kaum etwas gelöst. Die soziale Ungleichverteilung steigt weiter an. Viele Kleinanleger haben ihre Altersvorsorge verloren. Und die neuen Wachstumsgewinne kommen nicht bei den abhängig Beschäftigten an. Der Marsch in die Plutokratie geht weiter.

Auch Wirtschaftswachstum stützt die soziale Ungleichverteilung

Wirtschaftswachstum gilt in der Schulökonomie bis hin zu den Gewerkschaften als Gegenmit-



tel gegen soziale Ungleichverteilung, als Voraussetzung für Lohn- und Nachfragesteigerung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Bei näherer Betrachtung hält diese Annahme einer empirischen Prüfung jedoch nicht stand. Tatsächlich ist ja von dem gigantischen ununterbrochenen Wachstum seit 1945 nur wenig oder gar nichts bei den realen Arbeitseinkommen angekommen. Seine tatsächliche Funktion wird in den Lehrbüchern der Schulökonomie ziemlich unverblümt beschrieben: Es diene dazu, „die Arbeitseinkommen stabil zu halten, um Verteilungskämpfe zu verhindern“ (Oppenländer 1988). Heißt zu deutsch: um die realen exponentiellen Zuwächse einseitig der Kapitalseite zuzuschancen. Wachstum hat auch nachweislich nie den unaufhaltsamen, weil industrialisierungsbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit gebremst oder gar verhindert. Natürlich wurde deren Anstieg in Zeiten starken Wachstums gebremst oder bisweilen kurzfristig rückläufig. Insgesamt ist aber der Anstieg von Wachstum und Arbeitslosigkeit seit 1965 stets parallel verlaufen. Das weiß inzwischen sogar Herr Biedenkopf (Die Zeit 25. 11. 04). Nur die Gewerkschaften wissen es wohl noch nicht.

Die Schulökonomie versucht mit allen Mitteln, das Ausmaß und die einseitige Aneignung der Wachstumszuwächse zu verschleiern. Sie hat dazu ein umfangreiches Instrumentarium entwickelt:

Dazu gehört in erster Linie eine abstruse Messmethode. Dabei werden die Messwerte stets auf das Vorjahresergebnis bezogen anstatt auf den ursprünglichen Ausgangswert. Dadurch bleiben die Prozentraten relativ konstant und können sogar sinken, obwohl die absoluten Zuwächse bekanntlich immer dramatischer ansteigen (Tab. 1). Umgekehrt: Bleiben die absoluten Zuwächse konstant, sinkt natürlich die auf das jeweilige Vorjahresergebnis bezogene relative

Prozentrate (Tab. 2). Obwohl der Produktbestand ständig weiter steigt, spricht der Schulökonom jetzt scheinheilig von „abnehmendem Wachstum“. Beispiel: Wenn eine Stadt mit 100.000 Wohnungen jährlich 4.000 Wohnungen hinzubaut, hat sich ihr Wohnungsbestand nach 25 Jahren verdoppelt. In den Augen der Schulökonomien ist das Wachstum jedoch von vier auf 2,4% gesunken (Tab. 2). Und schließlich ist dann natürlich auch das Vokabular der Schulökonomien absichtsvoll irreführend. „Gleichbleibendes Wachstum“ suggeriert, es bliebe etwas gleich, obwohl absolut tatsächlich alles exponentiell wächst. Tatsächlich ist ja von dem gigantischen ununterbrochenen Wachstum seit 1945 nur wenig oder gar nichts bei den realen Arbeitseinkommen angekommen. Und schließlich ist

auch das vielgelobte Umlagesystem bei den Renten Reichenbedienung. Bismarck wollte nur, dass die Arbeitenden sich gegen die Industrialisierungsfolgen gefälligst untereinander selbst versichern, damit die Kapitalseite ungestört die Früchte der Industrialisierung einstreichen konnte. Von wegen „Sozialgesetze“!

In graphischen Darstellungen lässt sich dieses Täuschungsmanöver weiter steigern. Der ständige Bezug auf die Vorjahresergebnisse lässt den Eindruck eines munteren Auf und Ab entstehen, obwohl niemals irgendetwas sinkt, sondern Produktion und Bestand ständig nur ansteigen. Und schließlich ist dann natürlich auch das Vokabular der Schulökonomien absichtsvoll irreführend. „Gleichbleibendes Wachstum“ suggeriert, es bliebe etwas gleich, obwohl absolut tatsächlich alles exponentiell wächst. Selbst bei „abnehmendem Wachstum“ nimmt in den meisten Fällen alles noch absolut zu. Und der Begriff „Stabilität“ suggeriert einen Zustand der Nichtveränderung, irgendwo zwischen Zunahme und Abnahme. Tatsächlich nimmt jedoch auch hier alles immer nur zu. Stabil ist ausschließlich die Richtung der Zunahme: immer von unten nach oben. Diese Sprachtäuschungen der Ökonomen finden wir in allen Bereichen: Auch „Verringerung der Neuverschuldung“ suggeriert fälschlich, es würde irgendetwas verringert und „langsamere Verringerung der Neuverschuldung“ suggeriert sogar, es würde etwas verlangsamt. In Wirklichkeit steigt auch hier immer alles exponentiell an, bei „langsamerer“ Verringerung sogar noch etwas schneller.

Der Trick mit „Arbeitsbeschaffung“ und „Umlagesystem“

Und noch etwas steigt seit 1965 parallel zum Wirtschaftswachstum unentwegt an: die Arbeitslosigkeit. Statt der Menschen verdienen immer mehr Maschinen immer mehr Geld. Nur dass dieses Geld nicht bei denen ankommt, denen die Maschinen die Arbeit wegnehmen. Denn mit einem infamen Trick hat die internationale Regie des Kapitals die materielle Existenzberechtigung der Arbeitenden ausgerechnet an die unaufhaltsam verschwindende Arbeit gekoppelt, um so die Maschineriegewinne einseitig in die eigene Tasche stecken zu können. Alle leistungslosen Kapitalgewinne müssen aber stets durch reale Wertschöpfung, durch Arbeit erwirtschaftet werden. Die Geldvermögensbesitzer müssen deshalb den industrialisierungsbedingten Rückgang des Arbeitsvolumens stets durch Wiederbeschaffung von Arbeit zu kompensieren suchen. Irgendwann gerät auch diese Wiederbeschaffung an ihre Grenze.

Dann hilft nur noch die Zerstörung früherer Ar-



beitsergebnisse durch geplanten Verschleiß, Abriss, Umweltzerstörung oder Kriege. Arbeitende und Gewerkschaften fallen auf diesen Trick herein. Anstatt einen angemessenen Anteil an dem Geld zu fordern, das heute die Maschinen anstelle der Menschen verdienen, fordern sie industrialisierungswidrig „Arbeit, Arbeit, Arbeit“. Seit den Weberaufständen nichts dazugelernt.

Und schließlich ist auch das vielgelobte Umlagesystem bei den Renten Reichenbedienung. Bismarck wollte nur, dass die Arbeitenden sich gegen die Industrialisierungsfolgen gefälligst untereinander selbst versichern, damit die Kapitalseite ungestört die Früchte der Industrialisierung einstreichen konnte. Von wegen „Sozialgesetze“! Soll der Marsch in die Plutokratie noch aufgehalten werden, bedarf es einer grundsätzlichen Revision der heutigen Ökonomie. Ein bisschen „Keynesianismus“ oder „Memorandum“ reichen nicht aus. Das exponentielle Überwachstum der privaten Geldvermögen der Reichen erzeugt den ständigen Schulden- und Wachstumszwang, sowie den ständigen Anstieg von Ressourcenver- Statt der Menschen verdienen immer mehr Maschinen immer mehr Geld. Nur dass dieses Geld nicht bei denen ankommt, denen die Maschinen die Arbeit wegnehmen. brauch und sozialer Ungleichverteilung. Umgekehrt: Nur wenn das automatische, exponentielle Anwachsen der großen privaten Reichenvermögen gestoppt wird, kann

auch dem Anwachsen von sozialer Ungleichverteilung, Ressourcenverschwendung und weltweiter Zerstörung Einhalt geboten werden. Ohne einen solchen Stopp ist der Marsch in die Plutokratie und der Niedergang unausweichlich. ■